

Antrag

der Abgeordneten **Vesna Schuster, Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dörner, Handler, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Verstärktes Angebot von psychologischer Betreuung an Niederösterreichs Schulen**

Martin Kulldorf, Biostatistiker und ehemaliger Professor im Department of Medicine an der Harvard University, resümierte zum World Mental Health Day 2022, dass es vor allem die Corona-Maßnahmen waren, die in der näheren Vergangenheit oftmals zu massiven psychosozialen Problemen bei Kindern und Jugendlichen führten. Neben den Ängsten vor der Krankheit selbst, waren mangelnde soziale Kontakte, fehlende Infrastruktur und Unterstützung während des Homeschoolings, der Arbeitsplatzverlust der Eltern und die dadurch drohende Armut, überdurchschnittlicher familiärer Stress und unsichere Zukunftsperspektiven wesentliche Faktoren einer extremen Belastung vieler Kinder und Jugendlichen. Besonders Familien mit beengten Wohnverhältnissen und armutsgefährdete Kinder litten im Vergleich mehr als andere. Zudem wurden teilweise auch viele der therapeutischen und psychosozialen Unterstützungen Corona-bedingt zeitweise ausgesetzt.

Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich anhand diverser Erhebungen auf erschreckende Weise veranschaulichen. So kam es einer Studie des SORA Institute of Social Research and Consulting zufolge zu einem Einbruch der psychischen Gesundheit bei Jugendlichen in Ausbildung. Der Kinder- und Jugendpsychiater Paulus Hochgatterer etwa sprach von den vielen Suizidversuchen wegen Corona, die ihn ängstigen würden. Die Entwicklung bei „Rat auf Draht“ zeigte im ersten Jahr von Corona zudem deutliche Steigerungen bei Essstörungen, Angst- und Panikattacken, Schlafstörungen und Depressionen. Demzufolge ist es unabdingbar, für die Zeit nach Corona für einen leichten Zugang zu psychologischer Betreuung für Kinder und Jugendliche zu sorgen und temporär – also so lange der Bedarf besteht – für ein verstärktes Angebot an psychologischer Betreuung zu sorgen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im eigenen Wirkungsbereich und in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung für einen niederschweligen Zugang und temporären Ausbau des Angebots von psychologischer Betreuung an Niederösterreichs Schulen zu sorgen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Gesundheits-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.